

# ***NÖ Landeskorrespondenz***

## ***Landtag aktuell***

***6. Oktober 2011***

# **Sitzung des NÖ Landtages**

## **Zwei Aktuelle Stunden**

Der Landtag von Niederösterreich trat heute unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zu einer Sitzung zusammen.

Zu Beginn wurde eine **Aktuelle Stunde** zum Thema „**Regionalförderung – das Erfolgsmodell der Vergangenheit und die Chance für die Zukunft**“ abgehalten.

Abgeordneter Mag. Kurt Hackl (VP) unternahm einen Streifzug durch die umgesetzten Regionalförderungsprojekte in Niederösterreich. Das Land habe sich damit zu einer der blühendsten Regionen im Zentrum Europas entwickelt. Mit der Erhebung von St. Pölten zur Landeshauptstadt sei gleichzeitig die Regionalförderung in den vier Vierteln eingeführt worden. Neben der Forcierung der Technologie gehe es dabei auch um die touristische Entwicklung und den Ausbau von Wirtschaftsparks. Mit der Verlängerung der Regionalförderung des Landes könnten nun die Regionen und Gemeinden auch nach 2013 mit der Unterstützung des Landes bei der Verwirklichung von Projekten rechnen. Darüber hinaus habe Landeshauptmann Pröll im Namen von 143 Regionen die Verlängerung der EU-Regionalförderung für Ziel 2-Gebiete bis zum Jahr 2020 in Brüssel eingefordert.

Abgeordnete Mag. Karin Renner (SP) sagte, Ex-Landeshauptmann-Stellvertreter Ernst Höger sei „einer der Väter“ der Idee der Regionalförderung gewesen. Insgesamt

habe das Land Niederösterreich über die Regionalförderung Projekte mit einem Förder-  
volumen von 2,4 Milliarden Euro umgesetzt. Das breite Spektrum der Regionalförderung  
reiche vom Tourismus bis hin zur Technologie. Die Förderprojekte würden aus den Regi-  
onen kommen und auch zu Identifikation der Bevölkerung mit Niederösterreich beitragen.  
Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, die Regionalförderung sei  
ein aktuelles Thema, da sich die finanzielle Situation in den Gemeinden in den letzten  
Jahren verschlechtert habe. Die Kommunen hätten zusätzliche Aufgaben überantwortet  
bekommen. Daher sei ein fairer Ausgleich zwischen Land Niederösterreich und den Ge-  
meinden wichtig. Sie forderte einen „Stopp bei den Veranlagungen der Wohnbaugelder“  
und eine höhere Förderung für die Gemeinden und die Regionen. Die Regionalförderung  
sei „Wirtschaftspolitik vor der eigenen Haustür“.

Klubobmann Mag. Klaus S c h n e e b e r g e r (VP) meldete sich zu einer tatsächli-  
chen Berichtigung: Niederösterreich habe nicht Millionen verspekuliert, wie von seiner  
Vorrednerin Krismer-Huber behauptet, sondern über die Veranlagungen 600 Millionen  
Euro erwirtschaftet.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, mit der Regionalförderung seien  
die vier Viertel Niederösterreichs gefördert worden. Bei der Auslese und der Beurteilung  
der eingereichten Projekte müsse die Qualität im Mittelpunkt stehen. Man müsse die Re-  
gionen aufwerten, forderte er.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meldete sich zu einer tatsächlichen  
Berichtigung: Sie habe Pernitz und nicht Ternitz gesagt. Zudem habe sie keine Höhe in  
Bezug auf die Spekulation mit Steuergeldern genannt.

Abgeordneter Jürgen M a i e r (VP) meinte, die Regionalförderung umfasse Hunderte  
Erfolgsprojekte. Diese seien an der Basis entwickelt und in guter Kooperation zwischen  
dem Land und den Gemeinden umgesetzt worden. Dass das Brutto-Inlandsprodukt in  
Niederösterreich seit 1995 um 67 Prozent gesteigert werden konnte, habe auch mit der

Regionalförderung zu tun. Dasselbe gelte für die Beschäftigungsentwicklung und den Tourismus.

Dritter Präsident Alfredo **R o s e n m a i e r** (SP) erinnerte an den von Landeshauptmann a. D. Ludwig und Landeshauptmann-Stellvertreter a. D. Höger begonnenen Weg völlig neuer Perspektiven für Niederösterreich. Dabei sei stets das Gemeinsame über das Trennende gestellt worden. Es habe einen Gleichklang in der Liebe zum Land gegeben. Damit sei ein großes Stück Geschichte in Niederösterreich geschrieben worden, das bis heute ein tragfähiges Fundament für die Entwicklung des Landes bilde.

Abgeordneter Anton **K a s s e r** (VP) betonte, die Regionalpolitik habe sich im Lauf der Geschichte gewaltig geändert. Jeder Region werde jetzt die Chance gegeben, ihre eigenen Stärken zu entdecken und umzusetzen. Dadurch konnten viele Regionen von Problem- zu Herzeigeregionen gemacht werden. Die niederösterreichischen Initiative zur Verlängerung der Regionalförderung sei ein starkes Signal aus den Regionen.

Eine weitere **Aktuelle Stunde** wurde zum Thema „**Ja zu Niederösterreich – unser Geld für unsere Leut'**“ abgehalten.

Abgeordneter Christian **H a f e n e c k e r** (FP) sagte, das Thema Griechenland betreffe sehr wohl auch Niederösterreich. Die Griechenland-Krise führe zu einem Niederösterreich-Anteil an der Euro-Hilfe von 5,4 Milliarden Euro oder 3.416 Euro pro Kopf an Steuergeld. Die Niederösterreicher müssten damit „für den Lobbyismus der Banken mitzahlen“, ohne mitbestimmen zu können und ohne dass Griechenland gerettet werden könnte.

Klubobfrau Dr. Madeleine **P e t r o v i c** (G) nannte den Titel „Unser Geld für unsere Leute“ doppeldeutig, weil sich die Frage stelle, wer „unsere Leute“ seien und wohin „unser Geld“ fließe. Interessant wäre auch ein Pro-Kopf-Vergleich in Bezug auf „Unser Geld für unsere Leute“ zwischen Griechenland und Kärnten.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) führte aus, der Spruch “Unser Geld für unsere Leute” stamme „von den Menschen, die sich ernsthaft Gedanken“ machten. Das Geld, das man den Griechen gebe, müsse durch Steuererhöhungen wieder hereingebracht werden. Es gelte, das Geld für Griechenland in Niederösterreich zu investieren. – in die Familien, die Pflegenden, die Jugendlichen, die PendlerInnen etc. – zu investieren. Abgeordneter Franz G a r t n e r (SP) bezeichnete diese Aktuelle Stunde als „sehr populistisch“ und meinte, dass man zur EU Ja gesagt habe und auch in schweren Zeiten zueinander stehen müsse. Die EU werde ihre Probleme sicher gemeinsam lösen. Man habe dieses Problem hier nicht zu entscheiden.

Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l (VP) warf der FP vor, gerne mit Zukunftsfragen und sogar mit dieser großen Zukunftsfrage zu spielen. Ihm sei wichtig, dass sich Europa am eigenen Schopf aus der Krise herausziehe und die europäische Integration ihren Test bestehe. Der Haftungsschirm sei, so Mandl, für „unsere Leut“ deshalb wichtig, damit es keinen Flächenbrand gebe und der Euro stabil bleibe.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) sagte, dass der Rettungsschirm für Griechenland mit einem Bankenrettungsschirm verwechselt werde. Hier würden Leute gerettet, die sich verspekuliert haben. Es müsse in dieser Causa eine Volksbefragung geben.

Abgeordneter René L o b n e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung des Gesetzes über die Gliederung des Landes Niederösterreich in Gemeinden (Markterhebung Großebersdorf)**.

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) gratulierte Großebersdorf zur Markterhebung und betonte, dass ihre Fraktion diesem Ansinnen gerne zustimmen werde.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) beglückwünschte die nunmehrige Marktgemeinde Großebersdorf ebenso und meinte, dass die Aufwertung von Gemeinden stets wichtig sei.

Abgeordneter Hermann F i n d e i s (SP) sprach von einem schönen Anlass und brachte seine Freude über diese Markterhebung zum Ausdruck. Gemeinden würden insbesondere Heimat repräsentieren. Großebersdorf beispielsweise erfülle diverse wichtige Funktionen, es gebe hier viele Vereine, zahlreiche Veranstaltungen sowie interessante touristische Angebote. Die nunmehrige Marktgemeinde sei ein wichtiger und lebendiger Ort.

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) sprach von einem historischen Tag für Großebersdorf, denn eine Markterhebung sei keine Alltäglichkeit. Großebersdorf habe sich diese Erhebung verdient, der entsprechende Beschluss werde in der Realität bereits gelebt. Die Marktgemeinde zeichne sich durch eine sehr hohe Lebensqualität aus, habe sich ihre eigene Identität erhalten, habe ein aktives Vereinsleben sowie ein hohes wirtschaftliches Potenzial. Die Markterhebung werde für die Entwicklung des Ortes positiv sein.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) referierte zum **NÖ Wirtschafts- und Tourismusfonds, Niederösterreich-Werbung GmbH, Jahresbericht 2010**.

Abgeordneter Ing. Johann H o f b a u e r (VP) hielt fest, dass es in Niederösterreich in touristischer Hinsicht zuletzt ein deutliches Plus und positive Zahlen gegeben habe. Mit über 6 Millionen Nächtigungen 2010 sei man hier sehr erfolgreich unterwegs. Die Niederösterreich-Werbung trage dazu bei und besetze die jeweiligen Geschäftsfelder optimal. Er erwähnte die Bedeutung der NÖ Wirtshauskultur, des Ausflugstourismus, des Gesundheitstourismus oder auch des Aktivurlaubs. Beispielsweise habe man im Wintersport mit den westlichen Bundesländern gleichgezogen. All diese Bereiche seien in den vergangenen Jahren intensiv ausgebaut worden. Als spezielles Projekt sprach er den Bergtourismus in Mönichkirchen, St. Corona und Annaberg an, hier bemühe man sich, die Infrastruktur ganzjährig zu nutzen und die Besucherfrequenz noch deutlich zu stei-

gern. Als Erfolgsgeschichte bezeichnete er die NÖ Card. Insgesamt sei der Tourismus in Niederösterreich zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden, dessen Erfolg sich auch in der Regionalisierung begründe – hiezu verwies er u. a. auf die Thermen Laa oder Linsberg. Die Zusammenlegung von Gemeinden und Spitälern würde, so Hofbauer, das Gegenteil von Regionalisierung bedeuten. Abschließend dankte er Landesrätin Bohuslav für ihren Einsatz.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, dass in der Wirtschaftspolitik des Landes Akzente zu sehen seien, die in die richtige Richtung gingen. Einige Dinge würden jedoch nicht optimal laufen, so dass ihre Fraktion diesem Bericht „wohlwollend ablehnen“ werde.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, dass seine Partei dem Bericht positiv zustimmen werde, denn dieser zeige auf, dass hier viel geschehe und dass die Investitionen Früchte tragen, wenngleich Niederösterreich durch seine geografische Lage teils weniger begünstigt ist, als andere Regionen. Er meinte, die Politik gebe zwar die Rahmenbedingungen vor, es seien aber die Klein- und Mittelbetriebe mit ihren Bediensteten, die vor Ort eine große Wirtschaftsleistung für das Land erbringen.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtigung: Keine Abgeordnete „dackle jemandem hinterher“.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) meinte, der NÖ Tourismus behaupte sich trotz mittlerweile wieder schlechterer wirtschaftlicher Rahmenbedingungen sehr gut. Noch niemals hätten so viel Touristen in Niederösterreich geurlaubt wie im Jahr 2010. Auch habe das Land in der Wintersaison einen Gästezuwachs erzielen können. Niederösterreich sei mittlerweile eine etablierte Gesundheitsdestination. Er dankte allen großen Leitbetrieben, aber auch den vielen Klein- und Familienbetrieben sowie den Freiwilligen in den Tourismusvereinen und Gemeinden für ihren Einsatz in diesem Bereich.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) sagte, Niederösterreich bleibe mit einem Wirtschaftswachstum von 3,3 Prozent die Konjunkturlokomotive in Ostösterreich. Niederösterreich verzeichne aktuell mit 590.000 Beschäftigten einen historischen Höchststand. Diese positive Entwicklung sei auf den Fleiß der Unternehmer und deren Mitarbeiter zurückzuführen wie auch auf die zeitgerechten Konjunkturpakete des Landes. Der Bericht wurde mit den Stimmen von VP, SP und FP angenommen.

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung des NÖ Landes-Stiftungs- und Fondsgesetzes**.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) betonte, der SP-Klub stimme der Änderung des NÖ Landes-Stiftungs- und Fondsgesetzes zu. Das Stammvermögen sei zu erhalten und nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu verwalten. Die nun geplanten Änderungen würden keine zusätzlichen Belastungen für die Bürger mit sich bringen.

Abgeordneter Hermann H a u e r (VP) sagte, durch die Modifikation werde dem Stiftungswillen auf unbestimmte Zeit Rechnung getragen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit gegen die Stimmen der Grünen angenommen.

Die beiden folgenden Anträge wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Änderung der NÖ Landtagswahlordnung 1992 (LWO)** (Berichterstatter: Abgeordneter Martin S c h u s t e r , VP)
- **Änderung der NÖ Gemeinderatswahlordnung 1994 (NÖ GRWO 1994)** (Berichterstatter: Abgeordneter Franz G r a n d l , VP)

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sprach sich gegen die Aufweichung der bisherigen strengeren Regelungen aus. Überdies widerspreche die Gesetzesnovelle den damaligen Vorgaben des Verfassungsgerichtshofes.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) betonte, die Veränderungen seien demokratiepolitisch verträglich.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) sprach von einem bürgerfreundlichen Modell. Jene Bürger, die am Wahltag nicht anwesend seien, sollten trotzdem an der Wahl teilnehmen können. Auch alleinstehende ältere Personen hätten das Recht, an einer Wahl teilzunehmen, was die nunmehrige moderne Regelung ermögliche.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) meinte, in der Vergangenheit sei immer ein Vier-Parteien-Konsens bei der Wahlrechtsreform angestrebt worden.

Beide Anträge wurden von VP und SP angenommen.

Die folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Änderung des NÖ Sozialhilfegesetzes 2000** (NÖ SHG) (Berichtersteller: Abgeordneter Günter K r a f t , SP)
- **Aufhebung des NÖ Pflegegeldgesetzes 1993** (NÖ PGG) (Berichtersteller: Abgeordneter Günter K r a f t (SP)
- **NÖ Sozialbericht 2010** (Berichtersteller: Abgeordneter DI Willibald E i g n e r , VP)
- **Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über die Änderung der gemeinsamen Förderung der 24-Stunden-Betreuung** (Berichtersteller: Abgeordneter DI Willibald E i g n e r , VP)

Abgeordnete Christa V l a d y k a (SP) eröffnete die Debatte: Gemäß Sozialbericht vergrößere sich die Kluft zwischen Arm und Reich. Rund 170.000 Menschen oder 11 Prozent der Bevölkerung seien armutsgefährdet, 96.000 lebten in manifester Armut. Niederösterreich leiste verschiedene Arten der Hilfe zur Selbsthilfe bzw. bei besonderen Lebenslagen. Ein auf Niederösterreich bezogener Armutsbericht würde helfen, auf die spezifischen Bedürfnisse der Menschen einzugehen.



Abgeordneter Anton E r b e r (VP) betonte, Niederösterreich sei gerade in sozialen Belangen ein Vorbild. Die Hälfte des Budgets gehe in Soziales und Gesundheit. Die 24-Stunden-Betreuung zeige, wie man den Wünschen der Betroffenen in einem finanzierbaren und sozial verträglichen Modell entsprechen könne. Ca. 26.600 Menschen in Niederösterreich bekämen Pflegegeld, das müsse auch in Zukunft finanzierbar sein. Die Mindestsicherung in Niederösterreich sei ein Bemühen, die Menschen wieder in ein normales Leben inklusive sinnstiftender Arbeit zurückzuholen.

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) sprach von erhöhter Transparenz. Nichtsdestotrotz sei das Pflegegeld noch immer zu niedrig. 2010 seien in Niederösterreich rund 4.000 Menschen in 24-Stunden-Pflege sowie über 8.500 Menschen in Pflegeheimen betreut worden, das sei eine sehr hohe Zahl. Dem Sozialhilfebericht werde ihre Fraktion nicht zustimmen, weil dem Bericht konkrete Zahlen zur Jugendarbeitslosigkeit, zum Heizkostenzuschuss, zu den SOMA-Märkten etc. fehlten.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) sagte, die Worte im Sozialbericht würden leider nicht für alle Landsleute Gültigkeit haben. Drei **Resolutionsanträge** seiner Fraktion fordern Änderungen im Sozialbericht, eine Anpassung des Pflegegeldes sowie eine Aufhebung der Auszahlungsregelungen bezüglich 13. und 14. Pension.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) meinte, in Bezug auf das Pflegegeld warte noch viel Arbeit. Man könne allerdings in der Zusammenarbeit mit ecoplus sowie mit den Clustern auf Erfolge verweisen. Als verbesserungswürdigen Punkt bezeichnete sie die Betreuung und Pflege von Menschen mit Schwerstbehinderungen. Auch daran werde jedoch gearbeitet und man könne zuversichtlich sein, dass es eine Lösung geben werde. Im Sinne aller Menschen mit besonderen Bedürfnissen sprach sie ihren Dank aus.

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) bezeichnete die Sozialpolitik als eine der größten Herausforderungen in Gegenwart und Zukunft. Die Ausgaben würden in diesem Bereich bereits über 50 Prozent betragen. In den niederösterreichischen Landespflege-

heimen sei ein breites Angebot geschaffen worden, es würden hier zahlreiche Investitionen getätigt. Niederösterreich sei auf Grund des Ausbaues der Pflegeheime, der Spezialisierung der Krankenhäuser und auf Grund des Einsatzes der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine soziale Modellregion.

Die Änderung des NÖ Sozialhilfegesetzes und die Aufhebung des NÖ Pflegegeldgesetzes 1993 wurden einstimmig angenommen. Der NÖ Sozialbericht 2010 wurde mit Mehrheit zur Kenntnis genommen. Die Resolutionsanträge der Freiheitlichen (Änderungen im Sozialbericht, Anpassung des Pflegegeldes sowie Aufhebung der Auszahlungsregelungen bezüglich 13. und 14. Pension) wurden abgelehnt. Die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über die Änderung der gemeinsamen Förderung der 24-Stunden-Betreuung wurde einstimmig angenommen.

Die folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Bericht des Rechnungshofes über Dienstrechtsreform sowie Zulagen und Nebengebühren der Landesbediensteten; Liegenschaftsgebarung der Stadt Krems an der Donau – Ankauf der Liegenschaft Grundstück Nr. 277/1, Katastralgemeinde Weinzierl (Reihe Niederösterreich 2011/8)** (Berichterstatter: Abgeordneter Hermann F i n d e i s , SP)
- **Bericht des Rechnungshofes über Verträge der geschäftsführenden Leitungsorgane in öffentlichen Unternehmen („Managerverträge“)** (Reihe Niederösterreich 2011/10) (Berichterstatter: Abgeordneter Hermann F i n d e i s , SP)
- **Bericht des Rechnungshofes über Flächenfreihaltung für Infrastrukturprojekte sowie über Kooperation und Abstimmung der Leistungserbringung der Krankenanstalten Hainburg und Kittsee (Reihe Niederösterreich 2011/11)** (Berichterstatter: Abgeordneter Hermann F i n d e i s , SP)

- **Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr. 11 der XVII. Gesetzgebungsperiode.** Darin enthalten sind die Berichte zu NÖ-Haus Krems, Projektentwicklung (6/2011), NÖ Landesjugendheim Allentsteig (7/2011), NÖ Landessonderschule Allentsteig (8/2011) und Brückenbau, Großbrücken-Planung; Nachkontrolle (9/2011) (Berichterstatter: Abgeordneter Hermann F i n d e i s , SP)

Abgeordnete Ingeborg R i n k e (VP) äußerte sich zum Rechnungshofbericht über den Ankauf einer Liegenschaft in Weinzierl und sagte, dass sie diese „höchst unerfreuliche Situation“ bei ihrem Amtsantritt als Bürgermeisterin vorgefunden habe. Sie habe versucht, für Aufklärung zu sorgen und dem Gemeinderat umgehend vorgeschlagen, um eine Rechnungshofuntersuchung anzusuchen. Sie dankte dem Rechnungshof, dass dieser diesem Wunsch nachgekommen sei. Ohne Zögern habe die Stadt Krems notwendige Schritte eingeleitet. Das Wichtigste sei, den Schaden für die Bürgerinnen und Bürger von Krems so gering wie möglich zu halten. Man wolle künftig mit diversen Maßnahmen wie etwa einer Nachbesserungsklausel in Verträgen oder der Einholung von Fachmeinungen agieren. Man werde den Empfehlungen des Rechnungshofes entsprechen, sie selbst habe alles getan, um die Angelegenheit einer sauberen und transparenten Lösung zuzuführen.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) widersprach Rinke und meinte, dass sie nicht für Aufklärung gesorgt habe. Es brauche hier schonungslose Aufklärung. Weiters ging er auf das Thema Managerverträge ein und kritisierte, dass das Land Niederösterreich keine eigene Vertragsschablonen-Verordnung erlassen habe und sich auch nicht an Vorgaben orientiere. Gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen brachte er einen **Antrag** betreffend Erlassung einer Vertragsschablonen-Verordnung – Veröffentlichung der Managergehälter ein. Überdies widmete er sich dem Bericht des Landesrechnungshofes im Zusammenhang mit dem Bereich Brückenbau. Gemeinsam mit seinen Fraktionskolle-

gen brachte er einen **Antrag** betreffend Anpassung der Dienstanweisung „Straßen- und Brückenbau“ an die Dienstanweisung „Hochbauvorhaben“.

Abgeordnete Ingeborg R i n k e (VP) meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtigung und sagte, dass sie im November 2003 nicht im Gemeinderat von Krems gewesen, sondern erst im November 2007 in diesen Gemeinderat gewählt worden sei.

Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r (VP) kündigte an, zu fünf Rechnungshofberichten Stellung nehmen zu wollen. Zuerst widmete er sich der Thematik rund die Kooperation der Krankenhäuser Hainburg und Kittsee. 2003 sei es zwischen der Stadt Hainburg und dem Burgenland zu einem Kooperationsvertrag gekommen, dieser Vertrag sei zwar unterzeichnet, aber nie mit Leben erfüllt worden. Das Land Niederösterreich wolle diese Kooperation mit Kittsee nach wie vor herbeiführen. Es habe lediglich kleinere Erfolge, bei der Zusammenarbeit im medizinischen Bereich gegeben. Für PatientInnen, so Haller, solle es keine Landesgrenzen geben. Er meinte, die Wahl des Bauplatzes für das NÖ-Haus in Krems sei klug gewählt worden, erinnerte er an eine Baulücke, die durch das neue Bauwerk endlich geschlossen werden konnte. Die archäologischen Grabungen sowie die Raumreserven beim NÖ-Haus wären notwendig gewesen. Zum Bericht des Landesrechnungshofes über das Landesjugendheim Allentsteig meinte er, dass rund die Hälfte der aufgenommenen Jugendlichen wieder in ihre Familien integriert werden konnte.

Abgeordneter Konrad A n t o n i (SP) sagte, das Ziel der NÖ Dienstrechtsreform sei gewesen, die dienstrechtlichen Unterschiede zwischen Beamten und Vertragsbediensteten abzubauen sowie generell die Flexibilität im Landesdienst zu erhöhen. Überdies sei die Lebensverdienstsumme im alten und neuen System nahezu gleich und somit die Aufwendungen für das Land aufkommensneutral. Das Land habe mit dem Gesetz die Ziele der Dienst- und Besoldungsreform erreicht und ein Referenzmodell verwirklicht. Zur Liegenschaftsgebarung der Stadt Krems meinte er, der Kauf des Waldgrundstückes in

der Katastralgemeinde Weinzierl sei weder wirtschaftlich noch zweckmäßig gewesen. Gemeinsam mit Abgeordnetem Waldhäusl brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend Schaffung eines NÖ Manager-Dienstverträge-Gesetzes ein.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) kritisierte, dass bei der FIBEG die Höhe der Managerverträge nicht veröffentlicht wurde. Bei den variablen Bezugsbestandteilen seien die Vorgaben viel zu kurzfristig festgelegt worden. Beim Kauf des Waldgrundstückes in der Katastralgemeinde Weinzierl sei großer Schaden für die Stadt Krems entstanden. Sie forderte mehr Posten im Bereich der Jugendwohlfahrt.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) meinte, bei den Managerverträgen sei volle Transparenz notwendig. Auch der Bund habe keine Obergrenzen festgelegt, einige Bundesländer hätten gesetzliche Obergrenzen mit flexiblen Bonuszahlungen. Laut Rechnungshof sei ein Bezügegesetz für alle Gebietskörperschaften zielführend. Mit einer Regelung, die Obergrenzen vorsähe, sei es sehr schwierig, die besten Manager für die öffentlichen Unternehmen in Niederösterreich zu bekommen. Er brachte gemeinsam mit den Abgeordneten Dvorak und Ing. Huber einen **Resolutionsantrag** betreffend nachhaltige und nachvollziehbare Budgetierung in der Jugendwohlfahrt und Ausbau der mobilen und ambulanten Dienste ein.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) sagte, auch der Transport von Patienten über Landesgrenzen hinweg stelle immer wieder ein Problem dar.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) bezog sich ebenfalls auf die Krankenhäuser Hainburg und Kittsee und die vom Rechnungshof festgestellten Doppelgleisigkeiten. Es sei aber leider immer nur bei Absichtserklärungen geblieben. Niederösterreich sei nach wie vor zu weiteren Gesprächen z. B. bezüglich Spitalsküche, Arzneimittelbeschaffung etc. bereit.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) nannte den Bericht zur Dienstrechtsreform eine Erfolgsgeschichte. Der Rechnungshof habe hier dem Land für Transparenz,

Verwaltungsvereinfachung, angepasste Gehaltskurven etc. einen römischen Einser ausgestellt. Niederösterreich habe rechtzeitig und partnerschaftlich gehandelt und verfüge jetzt über die schlankste Hoheitsverwaltung Österreichs.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) betonte, der Rechnungshof habe festgestellt, die Sonderfinanzierungen beim Hochbau seien zu hinterfragen. Hinsichtlich der Managerdienstverträge sei „viel Scheinheiligkeit“ im Spiel.

Abgeordneter Mag. Alfred **R i e d l** (VP) meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtigung: In Krems sei Misswirtschaft passiert, das schonungslos aufgedeckt zu haben, stehe für die Transparenz in der VP. Bei den Managerdienstverträgen sage er Ja zur Transparenz, aber Nein zu Obergrenzen.

Bei der folgenden Abstimmung wurden sämtliche Berichte einstimmig zur Kenntnis genommen und der Resolutionsantrag des Abgeordneten Riedl u. a. (Landesjugendheim Allentsteig) einstimmig angenommen. Die drei weiteren Resolutionsanträge blieben in der Minderheit.

Abgeordneter Ing. Johann **H o f b a u e r** (VP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Maier u. a. betreffend **eigene Mautkategorie für Autobusse**.

Abgeordnete Amrita **E n z i n g e r** (G) eröffnete die Debatte: Die Autobusse würden ohnehin großteils ohne Maut auf den niederösterreichischen Straßen fahren. Eine günstigere Maut für Busse helfe zudem den Pendlern nichts. Das Land sollte eher dabei ansetzen, den Verkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen.

Abgeordneter Herbert **T h u m p s e r** (SP) kündigte an, dem Antrag ebenfalls nicht zuzustimmen. Die Busse würden ohnehin Ausnahmen im Mautsystem genießen. Zudem werde ein Präjudiz für ganz andere Fälle geschaffen. Im Wissen um die finanzielle Lage der ASFINAG würde dies das ganze System auf den Kopf stellen.

Abgeordneter Hans Stefan H i n t n e r (VP) meinte, Busfahren sei Klimaschutz und 48 Mal sicherer als Pkw-Fahren. Es sei bemerkenswert, dass sich die Grünen gegen dieses ökologische Vorhaben aussprechen.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) widersprach: Die durchschnittliche Auslastung der Busse und die volkswirtschaftlichen Kosten für die Infrastruktur präsentierten eine andere Rechnung.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Abgeordneter Anton E r b e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **NÖ Archivgesetz 2011 (NÖ AG 2011)**.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) bezeichnete Archive als etwas sehr Wichtiges. Ohne Archive würde Forschung erschwert und Hintergründe könnten nicht offenbart werden. Man sollte sich allerdings die Rahmenbedingungen genau ansehen, eine Freigabe von Archivgut erst nach 30 Jahren sei im 3. Jahrtausend nicht mehr zeitgemäß. Ebenso nicht mehr zeitgemäß sei die Amtsverschwiegenheit, Österreich sei das einzige EU-Land, wo diese im Verfassungsrang ist. Man sollte hier zu einem moderneren Zugang kommen und beim NÖ Archivgesetz etwas mutiger sein.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) brachte zur Kenntnis, dass seine Fraktion die Ansichten der Vorrednerin teilweise teile. Weiters hielt er fest, dass die Schaffung eines Landesarchivgesetzes eine Notwendigkeit sei, da Kulturgut einen unschätzbaren Wert darstelle. Ein Archiv ermögliche eine Auseinandersetzung mit Geschichte und Kultur und sei zudem ein Nachschlagewerk. Die Kommunen würden durch das neue Gesetz in diesem Zusammenhang nicht allein gelassen. Die FP könne hier gerne ihre Zustimmung geben.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) meinte, dass Archive das schriftliche Kulturgut eines Landes aufbewahren und dass durch diese Archive Dokumente für historische Forschungen zur Verfügung stünden. Ziel der Gesetzgebung sei, die Dokumente des

Landes zu archivieren und zu schützen. Man wolle den Bürgerinnen und Bürgern das verbriefte Recht zum Zugang zu diesem Kulturgut geben. Über die Sicherstellung des Datenschutzes oder auch die Festlegung von Schutzfristen könne man diskutieren, generell sei jedoch eine sinnvolle Lösung gefunden worden, bei der es für die Gemeinden keine Mehrkosten geben werde.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) betonte ebenfalls, dass das Archivgesetz kulturelles Erbe schützen und erhalten solle und die Reparatur eines unvollkommenen Zustandes sei. Hier seien zwei Grundrechte zu sichern gewesen, auch die Amtsschwiegenheit war zu berücksichtigen. Ihrer Meinung nach sei die Freigabe von Archivgut erst nach 30 Jahren nicht überzogen. Das Gesetz schreibe den Gemeinden nicht vor, dass sie für die Errichtung eines eigenen Archivs zu sorgen hätten, doch müssten die Gemeinden dafür Sorge tragen, ihr Kulturgut zu erhalten. Das Gesetz solle mit 1. Juli 2012 in Kraft treten.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Grünen mit Mehrheit angenommen.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) berichtete zu einem Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Razborcan u. a. betreffend **Änderung der Geschäftsordnung - LGO 2001**. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) sagte, dass seine Fraktion dem Antrag der SP sehr gerne zustimmen werde und brachte ein, dass die Erweiterung des Kreises der RednerInnen im Landtag eine Überlegung Wert sei; etwa sollten die Direktorin des Landesrechnungshofes oder auch VertreterInnen der Volksanwaltschaft das Recht haben, hier zu Wort zu kommen. Er brachte gemeinsam mit seinen Fraktionskolleginnen einen Antrag betreffend Rederecht im Landtag auch für VertreterInnen des Rechnungshofes, Landesrechnungshofes und der Volksanwaltschaft ein.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) bezeichnete den vorliegenden Antrag als „verzichtbar und völlig verfehlt“. Für die schwindende Akzeptanz der EU sei diese selbst



verantwortlich, wichtiger wäre es, mehr Kompetenzen nach Österreich zurückzubringen. Ein Rederecht für EU-Abgeordnete würde auch nicht mehr Demokratie bedeuten. Die FP lehne diesen Antrag ab.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) meinte, dass die Zustimmung zur EU leider tatsächlich gesunken sei und dass dies auch auf Populismus zurückzuführen sei. Es sei nicht nachvollziehbar, dass dieses Thema von einer Partei wie der VP abgelehnt werde. Zahlreiche Bundesländer würden bereits Rederechte gewähren, in den Augen der SP wäre ein solches Rederecht ein Brückenschlag.

Zweiter Präsident Mag. Johann H e u r a s (VP) stimmte seinen Vorrednern zu, dass die Akzeptanz der EU leide. Die Gründe sei seiner Meinung nach die fehlende Information über die Vorgänge in Brüssel und die daraus resultierenden Berührungssängste. Er teile daher „Befund und Diagnose“, sei aber bei der Therapie anderer Meinung. Man solle hier keine Präjudiz schaffen und keine Türe öffnen, die man nicht mehr schließen könne. Im Folgenden brachte er zwei Alternativvorschläge zum vorliegenden Antrag ein: der erste Vorschlag bzw. die erste Forderung richtete sich an den ORF: Heuras brachte zum Ausdruck, dass er eine europäische Nachrichtensendung im ORF vermisse und meinte, dass der ORF zur Installierung einer solchen aufzufordern sei. Er sprach von einem direkten Diskurs und Dialog zwischen den NÖ Landtagsabgeordneten und den EU-Abgeordneten zwei Mal im Jahr.

Der auf Ablehnung lautende Ausschussantrag wurde mit Mehrheit angenommen. Der Resolutionsantrag der Grünen (Rederecht im Landtag) wurde nicht zur Abstimmung zugelassen. Präsident Penz bezeichnete den Antrag als unverständlich bzw. unschlüssig, da das Rederecht der Abgeordneten der Landtag und nicht die Landesregierung festlege.

Abgeordnete Ingeborg R i n k e (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes**.

Abgeordneter Emmerich **W e i d e r b a u e r** (G) meinte, bei einer ganztägigen Schulform müssten das Lernen und die Freizeitphasen abwechselnd angeboten werden. Er forderte die beste Betreuung und Unterstützung für die Kinder. Lehrerinnen und Lehrer müssten den ganzen Tag über den Schülern zur Verfügung stehen. Er brachte einen **Resolutionsantrag** gemeinsam mit seinen Fraktionskolleginnen betreffend Ausbau der ganztägigen Schulformen mit verschränkter Unterrichtsform ein.

Abgeordneter Rupert **D w o r a k** (SP) sagte, das NÖ Pflichtschulgesetz sei eine wichtige gesellschaftspolitische Maßnahme zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Insgesamt würden 38,5 Millionen Euro bis 2015 in die schulische Nachmittagsbetreuung in Niederösterreich investiert.

Abgeordneter Martin **S c h u s t e r** (VP) meinte, mit dem neuen NÖ Pflichtschulgesetz werde es möglich, in fast allen Gemeinden im ganzen Land über Schulgrenzen hinweg eine Nachmittagsbetreuung für Kinder und Jugendliche zu ermöglichen. Eine hundertprozentige Verschulung den ganzen Tag hindurch könne nicht zielführend sein. Er brachte einen **Abänderungsantrag** gemeinsam mit den Abgeordneten Bader, Ing. Eigner, Mag. Heuras, Ing. Pum, Rinke und Ing. Schulz betreffend Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes ein.

Der Antrag und der Abänderungsantrag wurden mit Mehrheit gegen die Stimmen der Grünen angenommen. Der Resolutionsantrag der Grünen (Ausbau der ganztägigen Schulformen mit verschränkter Unterrichtsform) blieb in der Minderheit.

Die beiden folgenden Dringlichkeitsanträge wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

Klubobmann Mag. Günther **L e i c h t f r i e d** (SP) begründete den **Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Mag. Leichtfried u. a. betreffend **rascher Einführung einer stärkeren Besteuerung von großen Vermögenswerten und hohen Einkommen**.

Er meinte, die Finanzmarktkrise hätte ihren Ausgang mit einer Immobilienblase in den USA genommen. Die Risiken konnten nur mit Hilfe von Bankenpaketen und Konjunkturprogrammen abgefangen werden. Nun sei es an der Zeit, die öffentlichen Haushalte zu sanieren. Dazu müssten auch die Reichen ihren Beitrag leisten.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Jürgen M a i e r (VP) begründete den **Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Maier u. a. betreffend **rasche Durchführung einer Steuerreform zur Entlastung des Mittelstandes und befristeter Einführung einer erhöhten Steuer für Superverdiener, aber keine Vermögenssteuer.**

Er sagte, auf Grund der aktuellen Diskussion zur Vorbereitung der Steuerreform sei die Dringlichkeit selbstsprechend.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) meinte, die Finanzierung der Aufgaben und die Bewältigung der wirtschaftlichen Krisen erfordere mehr Geld, was sowohl durch Einsparungen als auch durch Einnahmen zu erreichen sei. Es brauche neue Quellen, Lohnsteuer und Mehrwertsteuer seien mittlerweile zu wenig. Die geplante Vermögenssteuer betreffe große institutionell angelegte Vermögensmassen. Sie forderte einen Minimalbeitrag der großen Vermögen und Einkommen in Österreich.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) betonte, es gehe nicht um einen ideologischen Kampf, sondern um soziale Fairness und Gerechtigkeit für den Mittelstand. Häuslbauer und Ehegatten sollten nicht zusätzlich besteuert werden, sondern die Euro-Millionäre hätten einen Beitrag zu leisten. Bezüglich der Millionärsdichte liege Österreich weltweit an fünfter Stelle.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, der eigentliche Grund für die Vermögenssteuer liege in der Griechenland-Hilfe und der damit verbundenen Notwendigkeit von Steuererhöhungen. Das widerspreche dem Regierungsprogramm von 2008. Die FP

sei dann bereit, über neue Steuern nachzudenken, wenn das Geld zur Entlastung im eigenen Land, vor allem des Mittelstandes, verwendet werde.

Abgeordneter Herbert T h u m p s e r (SP) sprach wörtlich davon, er habe „selten so viel Blödsinn gehört“.

Präsident Ing. Hans P e n z (VP) erklärte daraufhin, man solle zur sachlichen Diskussion zurückkehren.

Abgeordneter Herbert T h u m p s e r (SP) fuhr fort, er habe noch vor zwei Wochen nicht mit einem VP-Dringlichkeitsantrag gerechnet. Die öffentliche Meinung habe offensichtlich zu diesem Schwenk geführt. Die VP sei in der gesamten Steuerdebatte jetzt einen Schritt weitergegangen, solle aber auch noch den zweiten Schritt tun.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) sprach von einer „entlarvenden Wortwahl“ beim SP-Antrag. Dabei gehe es um ideologischen Kampf. Der Landeshauptmann habe einen wichtigen Beitrag geleistet, die Diskussion in die richtige Richtung zu lenken. Die VP sage Nein zu einer zusätzlichen Belastung von Vermögen, das sei klare Enteignung. Leistung müsse sich in diesem Land wieder lohnen.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) meinte abschließend, in der SP könne man besser sparen als anderswo, weil ihre Mitglieder in der Regel nichts erben.

Der Antrag von Klubobmann Leichtfried blieb in der Minderheit. Jener des Abgeordneten Maier wurde mit VP-Mehrheit angenommen.

Schluss der Sitzung!